

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration  
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:  
Frau Präsidentin  
des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein  
Dr. Gaby Schäfer  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

Gesehen  
und weitergeleitet  
Kiel, 01.12.2017



über das:  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/357  
Anlagen sind VS-NfD und nicht öffentlich

27. November 2017

VIS-lfd. Nr.: 61311/2017

**Information des Finanzausschusses über die Rahmenvereinbarung über die Bereitstellung, Nutzung und Kostenverteilung einer zentralen IT Anwendung zur Entgegennahme von Bild- und Videodaten über das Internet - Hinweisportale für die Länder - sowie die Kooperation zur Boston Auswertelinfrastruktur (BAI)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie darüber unterrichten, dass der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration den Ständigen Vertreter der Amtsleitung des LKA, Herrn Stephan Nietz, bzw. die stellvertretende Leiterin IV 4 - Polizeiabteilung, Frau Dr. Silke Detering, beauftragen wird, die „Rahmenvereinbarung über die Bereitstellung, Nutzung und Kostenverteilung einer zentralen IT-Anwendung zur Entgegennahme von Bild- und Videodaten über das Internet - Hinweisportale für die Länder -“ zwischen dem LKA Schleswig-Holstein und dem BKA bzw. die „Kooperation zur Boston Auswertelinfrastruktur - Vorvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein“ zu unterzeichnen. Kopien der Rahmenvereinbarung sowie der Vorvereinbarung sind beigefügt.

Infolge des Attentates während des Boston-Marathons 2013 beauftragte die AG Kripo im April 2013 die Kommission Einsatz- und Ermittlungsunterstützung (KEEU), Lösungsvorschläge für eine internetbasierte Upload-Lösung für große Bild- und Videodatenmengen zu erarbeiten. Das BKA entwickelte auf Basis der vorgelegten Lösungsvorschläge die sogenannte „Boston-Infrastruktur“. Diese Plattform ermöglicht den Upload großer Bild- und Videodatenmengen über das Internet.

In der 178. Tagung der AG Kripo am 10.03.2016 legte das BKA einen Vorschlag zur Einrichtung von Hinweisportalen für die Polizeien des Bundes und der Länder als Erweiterung der Boston-Infrastruktur vor und machte im Anschluss das Angebot, die technische Infrastruktur zu erweitern und den polizeilichen Bedarfsträgern in Deutschland gegen eine Kostenerstattung zur Verfügung zu stellen. Die Boston-Infrastruktur des BKA ist ausschließlich ein Webportal zum Sammeln von Mediendateien, die vor einer weiteren Bearbeitung im Netz geprüft und gereinigt werden müssen. Die dauerhafte Speicherung und Auswertung der Bild- und Videodaten („Schmutzdaten“) obliegt dem jeweiligen anfordernden Bundesland.

Der professionelle, rechenzentrumsbasierte Betrieb einer Auswertumgebung mit performantem Datenanschluss an das BKA verursacht hohe Investitions- und Betriebskosten. Eine von mehreren Ländern getragene Kooperation mit einer gemeinsamen Auswertumgebung hat neben den taktischen Vorteilen im Einsatzfall (gegenseitige Unterstützung) auch massive finanzielle Vorteile.

Die Polizei Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit den anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland die Teilnahme an dem aufgebauten und betriebenen Webportal „Boston Infrastruktur“ erklärt. Das BKA schließt deshalb mit jedem teilnehmenden Bundesland eine Rahmenvereinbarung über die Bereitstellung, Nutzung und Kostenverteilung einer zentralen IT-Anwendung zur Entgegennahme von Bild- und Videodaten über das Internet - Hinweisportale für die Länder - mit einer Laufzeit von vier Jahren.

Die LKA-Leiter der drei Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein haben im Rahmen eines Treffens am 27.01.2017 vereinbart, in Kooperation und mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung für das Webportal „Boston Infrastruktur“ eine dezentrale beweisichere Auswertumgebung in den beteiligten Ländern aufzubauen und zu betreiben („Boston Auswertinfrastruktur (BAI)“).

Die Polizei Hamburg – IT soll beauftragt werden, im Rahmen eines Projektes und unter Einbindung der beteiligten Länderpolizeien Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg die BAI aufzubauen und anschließend zu betreiben. Eine zu schließende Vorvereinbarung trifft vor Abschluss eines umfassenden und abschließenden Verwaltungsabkommens Regelungen für Leistungen und sich daraus ergebende Kosten, die im Rahmen des o.g. Projektes entstehen. Die Projektphase beginnt mit Unterzeichnung der Vorvereinbarung. Nach Abschluss des Projektes wird die BAI in den Wirkbetrieb überführt.

Aufgrund der hohen Terrorgefahr sowie weiterer Einsatzszenarien eines Webportals für die Anlieferung von Bild- und Videomassendaten ist es Ziel aller Kooperationspartner, schnellstmöglich eine funktionsfähige Umgebung nutzen zu können.

Die entstehenden Kosten werden paritätisch zwischen den beteiligten Bundesländern getragen.

Für Schleswig-Holstein entstehen folgende Kosten:

1. Rahmenvereinbarung

Jährliche Kosten in Höhe von 38.423,16 Euro.

2. Vorvereinbarung mit Hamburg

2017	Investive Kosten	maximal 62.000 Euro
	Betriebskosten	maximal 45.000 Euro
2018	Investive Kosten	maximal 65.000 Euro
ab 2018	Betriebskosten	maximal 235.000 Euro

Die Haushaltsmittel zur Finanzierung der Vereinbarung sind im Budget der Polizei enthalten und werden bedarfsgerecht in den Einzelplan 14 „Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation“ umgesetzt. Die Mitzeichnung des ZIT SH erfolgte für die Vorvereinbarung mit Hamburg mit E-Mail vom 24.10.2017 sowie für die Rahmenvereinbarung mit dem BKA mit E-Mail vom 15.11.2017.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Torsten Geerds

Anlagen:

- Entwurf der Vorvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein
- Rahmenvereinbarung zwischen dem LKA Schleswig-Holstein und dem BKA

Die Anlagen sind nicht öffentlich bzw. als VS - NfD eingestuft und wurden an die Mitglieder des Finanzausschusses verteilt.